Gesetz über die Sozial- und die Jugendhilfe * (Sozialhilfegesetz, SHG)

Vom 21. Juni 2001 (Stand 1. Januar 2025)

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf § 63 Abs. 1, § 103, § 105 und § 107 Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 17. Mai 1984[1)],

beschliesst:

1 Grundsätzliche Bestimmungen

§ 1 Gegenstand

[1] Dieses Gesetz regelt die Sozialhilfe und die Jugendhilfe von Kanton und Gemeinden. *

[2] Es regelt insbesondere:

a. die Beratung, die materielle Unterstützung und die Eingliederung bedürftiger Personen;
b. die Unterstützung von alkohol- oder drogenkranken Personen bei Therapien;
c. * die Bevorschussung und die Vollstreckungshilfe für Unterhaltsbeiträge;
d. die Aufsicht über Heime;
e. * die Hilfe an Kinder und Jugendliche.

§ 2 Aufgaben

[1] Die Sozialhilfe hat zur Aufgabe, persönlicher Hilfsbedürftigkeit vorzubeugen, deren Folgen zu lindern oder zu beheben sowie die Selbständigkeit und die Selbsthilfe zu erhalten und zu fördern.

[2] Die Jugendhilfe hat zur Aufgabe, Kinder, Jugendliche und Familien bei Bedarf mit ambulanten erzieherischen Hilfen zu unterstützen sowie die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, die nicht in ihren Familien leben können. *

[3] … *

1) SGS 100

*** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses**

[4] Alle Massnahmen dieser Hilfen haben die Würde der Betroffenen zu respektieren.

§ 3 Zusammenarbeit

[1] Die Organe der Sozial- und der Jugendhilfe arbeiten mit den öffentlichen und privaten Sozialinstitutionen sowie mit den Institutionen der Sozialversicherungen zusammen. *

[2] Die Gemeinden können ihre Sozialhilfeaufgaben nach Massgabe des Gemeindegesetzes[2)] gemeinsam wahrnehmen.

§ 3a * …

2 Unterstützung bedürftiger Personen

§ 4 Anspruch auf Hilfe

[1] Hilfesuchende Personen haben Anspruch auf unentgeltliche Beratung und bei vorliegender Bedürftigkeit Anspruch auf materielle Unterstützung. *

[2] Die zuständige Gemeinde hat alle hilfesuchenden und hilfsbedürftigen Personen fachgerecht zu beraten, aktiv über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und im erforderlichen Umfang zu unterstützen. *

[3] Die Festlegung der Hilfe soll zusammen mit der hilfesuchenden Person erfolgen. Die Hilfe kann mit Gegenleistungen verknüpft werden.

[4] Bei der Festlegung der Hilfe ist auf das Wohl der Kinder besonders Rücksicht zu nehmen. *

§ 4a * Zuständigkeit

[1] Zuständig für die hilfesuchenden Personen ist die Gemeinde am Unterstützungswohnsitz der hilfesuchenden Person. Bei Personen ohne Unterstützungswohnsitz ist die Gemeinde am Aufenthaltsort der hilfesuchenden Person zuständig.

[2] Für die Bestimmung des Unterstützungswohnsitzes, des Aufenthaltsorts und des Abschiebungsverbots gelten die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977[3)] über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger sinngemäss.

2) SGS 180
3) SR 851.1

2.1 Materielle Unterstützungen

§ 4b * Unklare Bedürftigkeit

[1] Bei unklarer Bedürftigkeit werden materielle Unterstützungen verweigert oder eingestellt.

§ 4c * Nothilfe

[1] Unter Vorbehalt von Abs. 2 werden keine materiellen Unterstützungen gewährt an:

a. Personen ohne Anwesenheitsbewilligung in der Schweiz oder im Kanton,
b. Ausländerinnen und Ausländer, die sich lediglich zum Zweck der Stellensuche in der Schweiz aufhalten sowie deren Familienangehörige,
c. Touristinnen und Touristen sowie
d. * Personen mit einer rechtskräftigen ausländerrechtlichen Wegweisungsverfügung.

[2] Auf Antrag wird Nothilfe im Sinne von Art. 12 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft[4)] ausgerichtet.

[3] Der Regierungsrat regelt das Mass der Nothilfe gemäss Abs. 2.

§ 5 Subsidiarität

[1] Unterstützungen werden gewährt, wenn die zumutbare Selbsthilfe oder die gesetzlichen, vertraglichen oder sonstigen Leistungen Dritter nicht ausreichen oder nicht rechtzeitig erhältlich sind. *

[2] Die Unterstützungspflicht der Verwandten gilt nicht als gesetzliche Leistung Dritter. *

[3] … *

§ 6 Umfang

[1] Unterstützungen werden an die Aufwendungen für den Grundbedarf, eine angemessene Wohnung, obligatorische Versicherungen, medizinische Behandlung und Pflege, Tagesbetreuung, familienstützende Massnahmen sowie an weitere notwendige Aufwendungen gewährt. *

[1bis] Unterstützten Personen, insbesondere Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist eine ihren Fähigkeiten entsprechende persönliche Förderung und Ausbildung zu ermöglichen. *

4) SR 101

[2] Unterstützungen werden nur an laufende Aufwendungen gemäss Abs. 1 gewährt. Ausnahmsweise können Unterstützungen zur Schuldentilgung, insbesondere von Wohnungs- oder Gesundheitskosten, gewährt werden, wenn damit einer bestehenden oder drohenden Notlage zweckmässig begegnet werden kann. *

[2bis] Es können ausnahmsweise Unterstützungen gewährt werden zur Tilgung von Schulden, die während der Unterstützung aufgrund nicht bestimmungsgemässer Verwendung der Unterstützungsleistung entstehen. *

[2ter] Materielle Unterstützungen gemäss den Abs. 2 und 2[bis] können von der laufenden Unterstützung bis maximal 30 % des Grundbedarfs abgezogen werden. Ausgenommen sind unterstützte Personen, bei denen sich der Grundbedarf nach § 10 der Sozialhilfeverordnung[5)] richtet. *

[2quater] Bei der Ausrichtung der Unterstützung darf die Nothilfe nicht unterschritten werden. *

[3] Der Regierungsrat regelt das Mass der Unterstützungen und stuft sie nach der Grösse des Haushalts, Alterskategorie und weiteren Kriterien ab. Er kann sich dabei an den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) orientieren. Er passt die Unterstützung der Teuerung an. Betreffend die Teuerung übernimmt er die Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). *

§ 6[bis] * Zuschüsse

[1] Zum Zweck der Anreizsetzung erhalten unterstützte Personen folgende pauschale Zuschüsse:

a. Einkommensfreibetrag für Erwerbstätige;
b. Motivationszuschuss;
c. Beschäftigungszuschuss;
d. Gefälligkeitszuwendungen.

[2] Einkommensfreibetrag für Erwerbstätige

Eine unterstützte Person erhält einen abgestuften Einkommensfreibetrag, sofern sie einer Erwerbstätigkeit nachgeht.

[3] Motivationszuschuss

Eine unterstützte Person erhält den Motivationszuschuss, wenn sie:

a. ein Förderungsprogramm, einen Sprachförderungskurs oder einen Grundkompetenzkurs besucht und während weniger als 2 Jahren ununterbrochen Sozialhilfe bezogen hat. Nach Ablauf der 2 Jahre kann die Gemeinde während 1 Jahr weiterhin Motivationszuschüsse gewähren.
b. eine Berufsbildung absolviert.

[4] Beschäftigungszuschuss

5) SGS 850.11

Besucht eine unterstützte Person ein Beschäftigungsprogramm, gewährt ihr die Gemeinde, bei einer ununterbrochenen Bezugsdauer von unter 2 Jahren, einen Beschäftigungszuschuss. Nach Ablauf der 2 Jahre kann die Gemeinde während 1 Jahr weiterhin einen Beschäftigungszuschuss gewähren.

[5] Gefälligkeitszuwendungen

Gefälligkeitszuwendungen von Dritten an unterstützte Personen bei der Teilnahme an einer Integrationsmassnahme gelten als Zuschüsse.

[6] Das Nähere regelt der Regierungsrat.

§ 6ter * Langzeitbezug

[1] Nach einer ununterbrochenen Bezugsdauer von 2 Jahren erhält eine unterstützte Person eine pauschale Minderung des Grundbedarfs. Ausgenommen sind:

a. Kinder unter 18 Jahren;
b. Mütter mit Kindern unter 12 Monaten;
c. Personen ab 55 Jahren, die während mindestens 20 Jahren in der Schweiz erwerbstätig waren und während dieser Zeit keine Sozialhilfe bezogen haben; Erziehung- und Betreuungsgutschriften werden der Erwerbstätigkeit angerechnet;
d. erwerbstätige Personen;
e. Personen in einer Ausbildung;
f. Personen, die ein Förderungsprogramm, einen Sprachförderungskurs, einen Grundkompetenzkurs oder ein Beschäftigungsprogramm besuchen;
g. Personen mit einer zu mindestens 70 % ärztlich attestierten Arbeitsunfähigkeit;
h. andere Personen in begründeten Fällen.

[2] Das Nähere regelt der Regierungsrat.

§ 6a * Besitz, Unterhalt und Betrieb eines Motorfahrzeugs

[1] An die Aufwendungen für den Besitz, Unterhalt und Betrieb eines Motorfahrzeugs werden keine Unterstützungen gewährt, sofern es nicht aus medizinischen oder beruflichen Gründen benötigt wird.

[2] Sofern die Benützung eines Motorfahrzeugs nicht beruflich oder gesundheitlich benötigt wird, sind die Nummernschilder zu deponieren.

[3] Ein Motorfahrzeug, das durch Dritte dauerhaft zur Verfügung gestellt wird, gilt als sonstige Leistung Dritter. Wird es nicht aus medizinischen oder beruflichen Gründen benötigt, werden die Besitz-, Unterhalts- und Betriebskosten des Motorfahrzeugs von der materiellen Unterstützung in Abzug gebracht.

§ 7 Einkünfte und Vermögen

[1] Für die Bemessung der Unterstützung sind Einkünfte einzubeziehen, bewegliches Vermögen zu veräussern und unbewegliches Vermögen zu belehnen oder zu veräussern.

[2] Belehnt oder veräussert die bedürftige Person ihr Vermögen nicht im festgelegten Umfang, wird die Unterstützung entsprechend eingeschränkt.

[3] Der Regierungsrat legt die freien Vermögensbeträge fest. *

§ 7a * Gefestigtes Konkubinat

[1] Werden Personen unterstützt, die mit nichtunterstützten Personen in einem gefestigten Konkubinat leben, ist die aus diesem eheähnlichen Umstand resultierende Beistandspflicht, insbesondere die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der nichtunterstützten Person, bei der Berechnung der Unterstützung zu berücksichtigen.

[2] Ein gefestigtes Konkubinat ist anzunehmen:

a. wenn seit mindestens 2 Jahren ein gemeinsamer Haushalt geführt wird,
b. wenn die beiden Personen mit 1 oder mehreren gemeinsamen Kindern zusammenleben oder
c. bei in der Schweiz nicht anerkannten Eheschliessungen.

§ 8 * Nichtgefestigtes Konkubinat und Wohngemeinschaft *

[1] Werden Personen unterstützt, die mit nichtunterstützten Personen in einem nichtgefestigten Konkubinat oder in Wohngemeinschaft leben und für diese Haushalts- oder Betreuungsarbeit leisten, wird für diese Arbeit ein angemessenes Entgelt angerechnet. *

[2] Beim nichtgefestigten Konkubinat gemäss Abs. 1 besteht die Vermutung, dass die unterstützte Person Haushalts- oder Betreuungsarbeit leistet. *

§ 9 Ausrichtung

[1] Die Unterstützung wird in der Regel in Geld und periodisch geleistet.

[2] Die Unterstützung wird in der Regel an die bedürftige Person ausgerichtet. Bietet diese keine Gewähr für eine bestimmungsgemässe Verwendung, kann die Unterstützung im entsprechenden Umfang an die Gläubigerinnen und Gläubiger der unterstützten Person ausgerichtet werden.

§ 10 Verwendungseinschränkungen

[1] Unterstützungen dürfen weder abgetreten, verpfändet, gepfändet, noch mit Steuer- oder anderen Forderungen der Gemeinwesen verrechnet werden.

[2] Jede Abtretung oder Verpfändung ist nichtig.

§ 11 Pflichten der unterstützten Person

[1] Die unterstützte Person ist verpflichtet, alle Massnahmen, die der Erreichung und Erhaltung ihrer Selbständigkeit dienen, aktiv zu nutzen und zu unterstützen.

[2] Die unterstützte Person ist insbesondere verpflichtet, bei der Abklärung des Anspruchs auf Unterstützungsleistungen mitzuwirken, mit den Behörden und Organen zusammenzuarbeiten sowie deren Auflagen und Weisungen zu befolgen. *

a. * …

b. * …

c. * …

d. * …

e. * …

e^bis. * …

f. * …

g. * …

[3] Verletzt die unterstützte Person schuldhaft ihre Pflichten, wird die Unterstützung nach Massgabe der Schuldhaftigkeit, bis maximal zur Nothilfe gemäss Art. 12 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft[6)], herabgesetzt. *

[4] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. *

2.2 Rückerstattung

§ 12 Rückerstattung aufgrund Leistungen Dritter

[1] Die unterstützte Person ist verpflichtet, bezogene Unterstützungen in dem Umfang zurückzuerstatten, als ihr nachträglich gesetzliche oder vertragliche Leistungen Dritter für den Unterstützungszeitraum zufliessen.

[2] Das unterstützende Gemeinwesen kann die Leistungen Dritter direkt bei diesen einfordern und mit der zurückzuerstattenden Unterstützung verrechnen.

[3] Die Rückerstattungsforderung verjährt 10 Jahre nach Ende des Unterstützungszeitraums. *

[4] Die Verjährung wird unterbrochen und beginnt neu mit den in Art. 135 OR[7)] genannten Handlungen und jeder auf Feststellung oder Geltendmachung der Forderung gerichteten Amtshandlung, mit der die Forderung gegenüber dem Schuldner in geeigneter Weise geltend gemacht wird. *

6) SR 101
7) SR 220

§ 13 * Rückerstattung aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse

[1] Die unterstützte Person ist verpflichtet, bezogene Unterstützungen zurückzuerstatten, wenn sie zu erheblichem Vermögen gelangt (Vermögensanfall). *

[2] Die Rückerstattung erstreckt sich auf die materielle Unterstützung, welche die unterstützte Person für sich und für die mit ihr gemeinsam unterstützten Personen erhalten hat. *

[3] Die Rückerstattungsforderung verjährt innert 1 Jahr seit Bekanntwerden des Vermögensanfalls, spätestens jedoch 10 Jahre nach Ende des Unterstützungszeitraums. *

[4] Der Regierungsrat legt Freibeträge bei einem Vermögensanfall fest und regelt weitere Einzelheiten. *

§ 13a * Rückerstattung aufgrund unrechtmässig bezogener Leistungen

[1] Unrechtmässig bezogene Leistungen sind samt 5 % Zins zurückzuzahlen. In Fällen grosser Härte ist die Rückerstattungsforderung auf Gesuch hin ganz oder teilweise zu erlassen.

[2] Bei einer laufenden Unterstützung kann die Sozialhilfebehörde die unrechtmässig bezogenen Leistungen bis maximal 30 % des Grundbedarfs in Abzug bringen.

[3] Die Rückerstattungsforderung verjährt innert 1 Jahr seit Bekanntwerden ihres Grundes, spätestens jedoch 10 Jahre seit Ausrichtung der Leistung.

[4] Rückerstattungsforderungen, die aufgrund einer strafbaren Handlung bestehen, verjähren nach Massgabe des Strafrechts, sofern dieses eine längere Verjährungsfrist vorsieht.

§ 14 Rückerstattungsschuld

[1] Die unterstützte Person ist verpflichtet, die Rückerstattungsschuld gegebenenfalls grundpfandrechtlich zu sichern.

[2] Die Rückerstattungsschuld ist unverzinslich. Sie ist in dem Umfang vererblich, soweit sie die Erbschaft nicht überschuldet.

[3] … *

[4] Die durch ein Grundpfand gesicherte Rückerstattung unterliegt weder der Verjährung noch der Verwirkung. *

§ 14a * Befreiung von der Rückerstattungspflicht

[1] Nicht der Rückerstattungspflicht gemäss § 13 Abs. 1 unterliegen Unterstützungen an junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die diese aufgrund eigenen Rechts erhalten haben.

[2] Die Kosten für die Integrationsmassnahmen, die Zuschüsse sowie die Anreizbeiträge unterliegen keiner Rückerstattungspflicht. *

2.3 Überbrückungshilfen

§ 15 Gewährung von Überbrückungshilfen

[1] An Personen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, können rückzahlungspflichtige Überbrückungshilfen gewährt werden, sofern innerhalb 1 Jahres das Ende der Notlage sowie die Rückzahlung absehbar sind.

[2] Erweist sich das Ende der Notlage und die Rückzahlung nicht als absehbar wie angenommen, ist die Überbrückungshilfe in eine Unterstützung umzuwandeln.

3 Eingliederung bedürftiger Personen *

§ 15a * Assessmentcenter

[1] Der Kanton betreibt ein Assessmentcenter als Anlaufs-, Beratungs- und Koordinationsstelle.

[2] Das Assessmentcenter hat zum Ziel, durch geeignete Massnahmen einer Sozialhilfeabhängigkeit frühzeitig entgegenzuwirken. Dies erfolgt insbesondere durch Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit unter Einbezug und Koordination der einzelnen Institutionen.

[3] Das Assessmentcenter richtet sich in erster Linie an im Kanton wohnhafte erwerbslose Personen, insbesondere an Personen, denen eine Aussteuerung droht.

[4] Personen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, können unter bestimmten Voraussetzungen durch die Gemeinden dem Assessmentcenter zugewiesen werden.

[5] Das Nähere regelt der Regierungsrat.

§ 16 * Integrationsmassnahmen *

[1] Die Gemeinden ermöglichen den unterstützten Personen die Teilnahme an Integrationsmassnahmen. *

[2] Integrationsmassnahmen sind: *

a. * Förderungsprogramme,

b. * Sprachförderungskurse,

c. * Grundkompetenzkurse,

d. * Beschäftigungsprogramme,

e. * Massnahmen der sozialen Integration,

f. * Massnahmen der frühen Sprachförderung.

[3] Die Gemeinden können die Teilnahme an Integrationsmassnahmen anordnen. *

[4] Integrationsmassnahmen sind auf bereits erfolgte Integrationsmassnahmen abzustimmen. Sie sind auf die Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Aufgaben auszurichten. *

§ 16a * Definitionen der Integrationsmassnahmen

[1] Förderungsprogramme dienen der Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit.

[2] Sprachförderungskurse dienen dem Erwerb der deutschen Sprache.

[3] Grundkompetenzkurse dienen dem Erlangen von grundlegenden Kenntnissen und Fähigkeiten in den Bereichen Lesen, Schreiben, mündliche Ausdrucksfähigkeit, Grundkenntnisse der Mathematik sowie Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

[4] Beschäftigungsprogramme dienen einer geordneten Alltagsbewältigung.

[5] Massnahmen der sozialen Integration dienen der Förderung des Zusammenlebens, insbesondere der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung.

[6] Massnahmen der frühen Sprachförderung dienen dem Erwerb der deutschen Sprache im Vorschulalter.

§ 17 * Anreizbeiträge an Arbeitgebende

[1] Anreizbeiträge fördern die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt und zielen auf die Ablösung von der Sozialhilfe ab. *

[1bis] Anreizbeiträge setzen sich zusammen aus: *

a. den Lohnnebenkosten (arbeitgeberseitig) und

b. der Betreuungspauschale.

[1ter] Die Gemeinden vergüten Arbeitgebenden, die unterstützte leistungsreduzierte Personen anstellen, für in der Regel maximal 1 Jahr die Lohnnebenkosten (arbeitgeberseitig) und richten ihnen eine Betreuungspauschale aus. *

[2] Die Gemeinden können Arbeitgebenden, die unterstützte Personen anstellen, für eine begrenzte Zeit die Lohnnebenkosten (arbeitgeberseitig) ausrichten. *

[3] Die Arbeitgebenden dürfen die Personen nicht an Einsatzbetriebe verleihen.

[4] Das Nähere regelt der Regierungsrat. *

§ 18 * …

§ 19 * …

4 Therapien für alkohol- oder drogenkranke Personen

§ 20 Ausrichtung der Unterstützungen

[1] Die Gemeinde kann ihre Unterstützung während einer ambulanten oder stationären Alkohol- oder Drogentherapie durch eine anerkannte Fachstelle ausrichten lassen.

[2] Der Kanton bestimmt die anerkannten Fachstellen.

§ 21 Unterstützungen für stationäre Drogentherapien

[1] Der Kanton gewährt bedürftigen Personen materielle Unterstützungen für stationäre, freiwillige oder aufgrund des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts angeordnete Drogentherapien. Die Therapien müssen die Rehabilitation und so weit als möglich die Abstinenz zum Ziel haben. *

[2] Bei Drogentherapien von Minderjährigen richtet der Kanton Beiträge aus, welche sich an den Bestimmungen der Jugendhilfe über die Beiträge an die Unterbringung in Wohnheimen orientieren. Die Unterhaltspflichtigen beteiligen sich gemäss § 28a an den Beiträgen. Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten. *

[3] Geht die Therapie über die Volljährigkeit hinaus, wird ab diesem Zeitpunkt eine Unterstützung gemäss Abs. 1 ausgerichtet. *

5 Bevorschussung und Vollstreckungshilfe für Unterhaltsbeiträge *

5.1 Bevorschussung

§ 22 * Unterhaltsbeiträge für Kinder

[1] Der Kanton bevorschusst Kindern mit Niederlassung im Kanton die vormundschaftlich genehmigten oder gerichtlich verfügten Unterhaltsbeiträge, wenn ihre Unterhaltspflichtigen der Zahlungspflicht nicht nachkommen. *

[2] Die Bevorschussung erfolgt längstens bis zum vollendeten 20. Altersjahr. *

§ 23 Einschränkungen

[1] Die Unterhaltsbeiträge werden nur bis zur Höhe der maximalen vollständigen AHV-Waisen-rente bevorschusst.

[2] Erzielt das Kind Einkünfte, wird die Bevorschussung entsprechend herabgesetzt. *

[3] Keine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder erfolgt, wenn sich der nichtunterhaltspflichtige Elternteil in guten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet. Der Regierungsrat legt die Abgrenzungen fest und stuft sie ab nach: *

a. ungetrennter Ehe, ungetrennter eingetragener Partnerschaft und gefestigter Lebensgemeinschaft;
b. nichtgefestigter Lebensgemeinschaft mit Haushalts- oder Betreuungsarbeit gemäss § 8;
c. alleinstehender Person.

§ 24 Nachträglichkeit, Gebührenersatz

[1] Eine nachträgliche Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen ist nur für den vorangegangenen Monat zulässig.

[2] Die Unterhaltspflichtigen sind für die Vollstreckungsgebühren ersatzpflichtig.

5.2 Vollstreckungshilfe *

§ 25 Unterhaltsansprüche von Kindern, Ehegatten, eingetragenen Partnern und Partnerinnen *

[1] Der Kanton hilft Kindern mit Niederlassung im Kanton bei der Vollstreckung der von der Kindesschutzbehörde genehmigten oder gerichtlich verfügten Unterhaltsbeiträge, wenn ihre Unterhaltspflichtigen der Zahlungspflicht nicht nachkommen. *

[2] Er hilft geschiedenen oder getrennten Ehegatten mit Niederlassung im Kanton bei der Vollstreckung der gerichtlich verfügten Unterhaltsansprüche, wenn ihre Unterhaltspflichtigen der Zahlungspflicht nicht nachkommen. *

[2bis] Abs. 2 gilt auch für Personen in aufgelöster eingetragener Partnerschaft sowie für Partner und Partnerinnen in eingetragener Partnerschaft, deren Getrenntleben gerichtlich geregelt ist. *

[3] Die Unterhaltspflichtigen sowie die unterhaltsberechtigten Ehegatten oder Partner oder Partnerinnen in guten wirtschaftlichen Verhältnissen sind für die Vollstreckungsgebühren ersatzpflichtig. *

[4] Unterhaltsberechtigte Ehegatten und Partner und Partnerinnen in guten wirtschaftlichen Verhältnissen entrichten im Falle einer erfolgreichen Vollstreckung eine Gebühr für die kantonale Hilfe bei der Vollstreckung ihrer Unterhaltsansprüche (kurz: Inkassogebühr). Die Inkassogebühr beträgt höchstens CHF 1'000.–. *

§ 25a * Beschränkung bei der Inkassohilfe

[1] Für fällig gewordene Unterhaltsbeiträge wird die Inkassohilfe nur gewährt, wenn sich die Unterhaltsberechtigten oder deren Vertretung bereits ernsthaft um die Zahlung bemüht haben oder ihnen dies nicht zumutbar gewesen ist.

6 Heime

§ 26 Bewilligung und Aufsicht

[1] Die Führung eines Heimes für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene bedarf der Bewilligung des Kantons und untersteht dessen Aufsicht.

[2] Die Bewilligung wird erteilt, wenn das Heim die fachlichen, betrieblichen und baulichen Anforderungen erfüllt.

[3] Als bewilligungspflichtiges Heim für Kinder oder Jugendliche gilt jede Institution oder Abteilung davon, die regelmässig Minderjährigen Erziehung, Pflege oder Betreuung tags- oder nachtsüber gewährt.

[4] Als bewilligungspflichtiges Heim für Erwachsene gilt jede privatrechtliche Institution oder Abteilung davon, die regelmässig Erwachsenen Pflege oder Betreuung tags- oder nachtsüber gewährt.

[5] Für die Alters- und Pflegeheime sowie für die Heime für Personen mit Behinderung gelten die speziellen Regelungen. *

7 Jugendhilfe *

7.1 Angebote *

§ 27 Heime, Pflegefamilien und Einrichtungen *

[1] Der Kanton sorgt dafür, dass die nötigen Wohnheime für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.

[1bis] Er bietet bei der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien Beratung sowie Aus- und Weiterbildung an. Er kann diese Aufgabe Privaten übertragen sowie Beiträge an Einrichtungen für Pflegefamilien ausrichten. *

[2] … *

[3] Der Regierungsrat ist zum endgültigen Abschluss von Staatsverträgen über Wohnheime für Kinder und Jugendliche sowie über das Pflegekinderwesen ermächtigt. *

§ 27a * Ambulante erzieherische Hilfen

[1] Der Kanton sorgt für ein Angebot ambulanter erzieherischer Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien.

7.2 Beiträge

§ 28 * Jugendhilfe

[1] Der Kanton gewährt Beiträge:

a. an die Aufenthalts- und Betreuungskosten sowie an die Nachbetreuungskosten von Kindern und Jugendlichen in anerkannten, inländischen oder benachbarten ausländischen Wohnheimen;

b. * an die Aufenthalts- und Betreuungskosten von Kindern und Jugendlichen in anerkannten, inländischen Pflegefamilien;

c. * an die Kosten für Leistungen der ambulanten erzieherischen Hilfen von anerkannten Anbietern.

[2] Beiträge werden gewährt, wenn die Leistung fachlich indiziert oder jugendstrafrechtlich oder im Rahmen des Kindesschutzrechts angeordnet ist und das Kind bzw. die oder der Jugendliche zivilrechtlichen Wohnsitz im Kanton hat. *

[3] Beiträge werden bis zur Erreichung der Volljährigkeit gewährt. Bei wichtigen Gründen können sie darüber hinaus gewährt werden, sofern eine Leistung während der Minderjährigkeit begonnen hat. *

§ 28a * Kostenbeteiligung

[1] Die Unterhaltspflichtigen haben sich nach Massgabe ihrer finanziellen Leistungskraft sowie mit zweckgerichteten Sozialversicherungsleistungen an den Beiträgen gemäss § 28 zu beteiligen. *

[1bis] Die Beteiligungspflicht gemäss Abs. 1 gilt auch für minderjährige Jugendliche, die ein eigenes Einkommen erzielen oder die Unterhaltsbeiträge oder Verwandtenunterstützung erhalten, sowie für volljährige Jugendliche. *

[1ter] Die finanzielle Leistungskraft der Unterhaltspflichtigen bestimmt sich unter Einbezug des Beistands der gesetzlich verpflichteten Personen sowie einer anderen Person in einer gefestigten Lebensgemeinschaft. *

[1quater] Eine Lebensgemeinschaft gilt als gefestigt, wenn sie seit mindestens 2 Jahren besteht oder wenn ihr 1 oder mehrere Kinder entsprungen sind. *

[2] Der Regierungsrat legt eine obere Beteiligungsgrenze fest.

§ 29 * …

§ 30 Anerkennung im Bereich der Jugendhilfe *

[1] Die Anerkennung eines Wohnheimes für Kinder und Jugendliche richtet sich nach dem Bedarf gemäss kantonaler und interkantonaler Bedarfsplanungen sowie nach der Fachlichkeit, dem Betrieb, dem Bau und der Wirtschaftlichkeit. *

[2] Die Anerkennung einer Pflegefamilie richtet sich nach einer abgestuften Fachlichkeit. Die Abstufungen sind massgebend für die Beitragshöhe. *

[3] Die Anerkennung eines Angebots der ambulanten erzieherischen Hilfen richtet sich nach dem Bedarf gemäss kantonaler und interkantonaler Bedarfsplanungen sowie nach der Fachlichkeit, dem Betrieb und der Wirtschaftlichkeit. *

§ 30a * **…**

8 Besondere Vollzugsbestimmungen

§ 31 Im Bereich der Unterstützung bedürftiger Personen

[1] Die Gemeinden vollziehen die Bestimmungen über die Unterstützung bedürftiger Personen. Vorbehalten bleibt § 33.

[2] Die Gemeinde trägt die Kosten für die Unterstützung bedürftiger Personen, die in ihr Unterstützungswohnsitz haben. Vorbehalten bleibt die Weiterbelastung der Kosten aufgrund des Zuständigkeitsgesetzes[8)]. *

[3] Der Kanton trägt die Kosten für die Unterstützung bedürftiger Personen: *

a. * die keinen Unterstützungswohnsitz und keinen Aufenthaltsort haben;

b. für die der Kanton aufgrund des Zuständigkeitsgesetzes vergütungspflichtig ist.

[4] … *

§ 32 Im Bereich der Unterstützung Asylsuchender

[1] Die Gemeinden betreuen und unterstützen die Personen, die der Asylgesetzgebung unterstehen und keine Aufenthaltsbewilligung haben (kurz: Asylsuchende). Dabei gilt die bundesrechtliche Asylgesetzgebung sowie die Verordnung gemäss Abs. 3.

[2] Der Kanton:

a. weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilsmässig zu;

b. richtet den Gemeinden die bundesrechtlliche Entschädigung aus;

c. sorgt für die Bereitstellung der bundesrechtlichen Programme für Asylsuchende;

d. kann Erstaufnahmeheime führen.

[3] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 33 * Im Bereich der Rückerstattung *

[1] Die Gemeinde, die den Beschluss über die materielle Hilfe gefasst hat, vollzieht die Bestimmungen über die Rückerstattung. *

[2] … *

[3] … *

8) SR 851.1

4 … *

§ 34 * Im Bereich der Eingliederung bedürftiger Personen

1 Die Gemeinden tragen die mit den Integrationsmassnahmen zusammenhängenden Kosten sowie die Lohnnebenkosten gemäss § 17 Abs. 1bis Bst. a. *

2 Der Kanton vergütet der Gemeinde, welche die Unterstützung ausgerichtet hat, die Hälfte der angefallenen Kosten für die Integrationsmassnahmen. Der Regierungsrat legt die Voraussetzungen sowie eine Obergrenze für die Kantonsvergütungen fest. *

3 Der Kanton trägt die Betreuungspauschale gemäss § 17 Abs. 1bis Bst. b und vergütet diese der Gemeinde. *

§ 35 Im Bereich der Unterstützungen für stationäre Drogentherapien

1 Der Kanton vollzieht die Bestimmungen über die Unterstützungen für stationäre Drogentherapien und trägt die damit zusammenhängenden Kosten. Vorbehalten bleibt Abs. 2.

2 Die Niederlassungsgemeinde vergütet dem Kanton 1/4 seiner Kosten für die Unterstützungen für eine stationäre Drogentherapie. Davon ausgenommen sind die Kosten für die Beiträge des Kantons an Drogentherapien von Minderjährigen bis zum Erreichen der Volljährigkeit gemäss § 21 Abs. 2. *

§ 36 Im Bereich der Jugendhilfe

1 Der Kanton vollzieht die Bestimmungen über die Jugendhilfe. *

2 … *

3 Die Trägerschaft für die Schulkosten von Kindern und Jugendlichen in anerkannten Heimen richtet sich nach den Bestimmungen des Bildungsgesetzes. *

9 Allgemeine Bestimmungen

§ 37 Sozialhilfebehörde

1 Die Gemeinden bestellen eine besondere Behörde für den Vollzug der Gemeindeaufgaben dieses Gesetzes (kurz: Sozialhilfebehörde).

2 Die Gemeindeordnung bestimmt das Wahlorgan der Sozialhilfebehörde sowie die Zahl derer Mitglieder. Sie kann vorsehen, dass ein Mitglied dem Gemeinderat angehört. *

§ 38 * Schweigepflicht

[1] Personen, die mit dem Vollzug dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen betraut sind, haben über Angelegenheiten, die ihnen dabei zur Kenntnis gelangen, zu schweigen. *

[2] Die Schweigepflicht entfällt, insbesondere wenn: *

a. die betroffene Person zur Auskunftserteilung ermächtigt hat;

b. eine Straftat zur Anzeige gebracht wird; oder

c. aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung ein Auskunftsrecht oder eine Auskunftspflicht besteht.

§ 38a * Informationsbeschaffung

[1] Die für den Vollzug dieses Gesetzes benötigten Informationen sind in erster Linie im Rahmen der Mitwirkungspflicht gemäss § 11 Abs. 2 bei der Person, die Unterstützung beantragt oder beansprucht, zu beschaffen.

[2] Ist dies nicht möglich oder sinnvoll, können die Informationen gestützt auf die nachstehenden Bestimmungen direkt bei Dritten eingeholt werden.

[3] Können die benötigten Informationen gestützt auf Abs. 1 und 2 nicht eingeholt werden, kann sich die Sozialhilfebehörde Informationen gestützt auf eine bei der Person, die Unterstützung beantragt oder beansprucht, eingeholten Vollmacht beschaffen.

§ 38b * Weitergabe von Informationen unter den Sozialhilfebehörden

[1] Die Sozialhilfebehörden tauschen untereinander die für das Erfüllen der Sozialhilfeaufgaben zwingend erforderlichen Informationen aus, die für eine effiziente und sachliche Bearbeitung der Unterstützungsfälle angezeigt sind. *

[2] Auf Nachfrage erteilen die Sozialhilfebehörden einer nachfolgenden Gemeinde bei Wechsel des Unterstützungswohnsitzes einer unterstützten Person die für das Erfüllen der Sozialhilfeaufgaben zwingend erforderlichen Auskünfte.

[3] Die Auskünfte gemäss Abs. 1 und 2 umfassen:

a. die erfolgten Abklärungen bezüglich Subsidiaritäten;

b. die ergangenen Verfügungen.

§ 38c * Auskunftspflicht und Mitteilungsrecht

[1] Können die Informationen gemäss § 38a Abs. 1 nicht bei der Person, die Unterstützung beantragt oder beansprucht, beschafft werden, sind gegenüber den mit dem Vollzug dieses Gesetzes betrauten Stellen zur Erteilung mündlicher und schriftlicher Auskünfte, die für den Vollzug erforderlich sind, verpflichtet:

a. die Behörden und Organe des Kantons und der Gemeinden;

b. Personen und Organisationen des öffentlichen oder des privaten Rechts, soweit sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind;

c. die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von Personen, die Unterstützung beantragen oder beanspruchen;

d. Vermieterinnen und Vermieter von Wohnraum an Personen, die Unterstützung beantragen oder beanspruchen.

[2] Die in Abs. 1 genannten Personen und Behörden sind namentlich verpflichtet, Auskünfte zu erteilen zur Abklärung:

a. der finanziellen und persönlichen Verhältnisse von Personen, die Unterstützung beantragen oder beanspruchen;

b. der Ansprüche dieser Personen gegenüber Dritten;

c. der Integration der unterstützten Person;

d. der Rückerstattungspflicht nach diesem Gesetz.

[3] Die in Abs. 1 genannten Behörden können den für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Behörden von sich aus Informationen zukommen lassen, wenn sie Kenntnis haben, dass die von der Meldung betroffenen Personen Sozialhilfe beantragen oder beanspruchen und die Informationen für die Abklärung der Ansprüche nach diesem Gesetz erforderlich erscheinen.

§ 39 Verfügungen und Einsprache

[1] Die Begründung, Aufhebung oder Änderung von Rechten und Pflichten aufgrund dieses Gesetzes erfolgt in Form von Verfügungen. *

[2] Erstinstanzliche Verfügungen der Gemeinden im Bereich der Unterstützung bedürftiger Personen sind durch Einsprache anfechtbar.

§ 39a * Kosten der Rechtsmittelverfahren und der unentgeltlichen Rechtspflege

[1] Das Einspracheverfahren ist kostenlos.

[2] Das dem Einspracheverfahren nachfolgende Beschwerdeverfahren ist unter Vorbehalt von § 20 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Basel-Landschaft vom 13. Juni 1988[9)] kostenlos. *

[3] Die Kosten der unentgeltlichen Rechtspflege gehen:

a. für das Einspracheverfahren zulasten der Gemeinde;

b. für das Beschwerdeverfahren zulasten des Kantons.

§ 40 * …

9) SGS 175

§ 40a * Strafbestimmung

[1] Wer für sich oder andere durch unwahre oder unvollständige Angaben, durch Verschweigen von veränderten Verhältnissen oder in anderer Weise Leistungen nach diesem Gesetz unrechtmässig erwirkt, wird mit Busse bis CHF 10‘000.– bestraft. Gehilfenschaft und Versuch sind strafbar.

§ 41 Beiträge an private Sozialinstitutionen

[1] Die Gemeinden können privaten Sozialinstitutionen Beiträge ausrichten.

§ 42 Aufsicht und Fortbildung *

[1] Der Kanton überprüft die Gemeinden hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzugs dieses Gesetzes und trifft gegebenenfalls die notwendigen Massnahmen.

[2] Er sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraut sind.

[3] … *

§ 42a * Missbrauchsbekämpfung

[1] Kanton und Gemeinden bekämpfen den Missbrauch von Sozialhilfe.

[2] Zur Missbrauchsbekämpfung können die Sozialhilfebehörden, ohne Ermächtigung der unterstützten Person, externe Personen mit Leistungsabklärungen betrauen, wenn:

a. der begründete Verdacht besteht, dass eine Person unrechtmässig Leistungen bezieht, bezogen hat oder zu erhalten versucht, und
b. die Abklärungen für die Feststellung oder Überprüfung des Anspruchs auf materielle Unterstützung notwendig sind.

[3] Leistungsabklärungen dürfen nur von fachlich qualifizierten Personen durchgeführt werden.

[4] Personen, die mit der Leistungsabklärung beauftragt sind, klären die Verhältnisse der betroffenen Personen ab, insbesondere hinsichtlich:

a. der Erwerbstätigkeit,
b. der Wohnsituation,
c. der Arbeitsfähigkeit und
d. der Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

[5] Im Rahmen von Leistungsabklärungen werden Beweismittel gemäss § 9 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Basel-Landschaft[10)] erhoben.

[6] Soweit erforderlich, können insbesondere auch folgende Beweismittel herangezogen werden:

a. Überwachung der betroffenen Person ohne ihr Wissen,

10) SGS 175

b. unangemeldeter Besuch am Wohnort.

[7] Personen, die mit der Leistungsabklärung beauftragt sind, dürfen die Wohnung nur betreten, wenn die unterstützte Person vor Ort zustimmt.

[8] Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.

§ 43 * **…**

10 Übergangs- und Schlussbestimmungen *

§ 43a * Übergangsbestimmung zur Änderung vom 4. November 2021

[1] Zuschüsse gemäss § 6bis und Minderungen gemäss § 6ter werden per Inkrafttreten der Änderung vom 4. November 2021[11)] auch auf laufende Unterstützungsfälle angewendet.

§ 43b * Übergangsbestimmung zur Änderung vom 11. April 2024

[1] Auf laufende Rückerstattungsfälle wird das neue Recht angewendet.

§ 44 Änderung des Einführungsgesetzes zur AHV und IV

[1] Das Einführungsgesetz vom 22. September 1994[12)] zu den Bundesgesetzen über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Invalidenversicherung (EG AHVG/IVG - BL) wird wie folgt geändert: ...[13)]

§ 45 Änderung des Einführungsgesetzes zur Krankenversicherung

[1] Das Einführungsgesetz vom 25. März 1996[14)] zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung wird wie folgt geändert: ...[15)]

§ 46 Änderung des Gesundheitsgesetzes

[1] Das Gesundheitsgesetz vom 10. Dezember 1973[16)] wird wie folgt geändert: ...[17)]

11) Vom Regierungsrat am 25. Oktober 2022 mit RRB Nr. 2022-1556 gestaffelt in Kraft gesetzt per 1. Januar 2023, ausgenommen die §§ 6bis, 6ter und 7 SHG: Diese treten per 1. April 2023 in Kraft.
12) SGS 831
13) GS 34.154
14) SGS 362
15) GS 34.154
16) GS 25.379
17) GS 34.154

§ 47 Änderung des Jugendstrafrechtspflegegesetzes

[1] Das Gesetz vom 1. Dezember 1980[18)] über die Jugendstrafrechtspflege wird wie folgt geändert: ...[19)]

§ 48 Änderung des Gemeindegesetzes

[1] Das Gesetz vom 28. Mai 1970[20)] über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) wird wie folgt geändert: ...[21)]

§ 49 Änderung des Steuer- und Finanzgesetzes

[1] Das Gesetz vom 7. Februar 1974[22)] über die Staats- und Gemeindesteuern und den Finanzausgleich (Steuer- und Finanzgesetz) wird wie folgt geändert: ...[23)]

§ 50 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Es werden aufgehoben:

a. das Gesetz vom 24. September 1951[24)] über die Kinder- und Erziehungsheime;
b. das Gesetz vom 29. April 1965[25)] betreffend das Fürsorgewesen für Alkoholgefährdete;
c. das Dekret vom 27. September 1965[26)] über das Fürsorgewesen für Alkoholgefährdete;
d. das Fürsorgegesetz vom 6. Mai 1974[27)];
e. das Fürsorgedekret vom 17. April 1975[28)];
f. die Verordnung von 17. Oktober 1983[29)] über die Bevorschussung von Alimenten;
g. die Verordnung vom 27. Mai 1997[30)] über Unterstützungsleistungen zugunsten ausgesteuerter Personen (ULAP);
h. § 13 Abs. 2 des Ergänzungsleistungsgesetzes vom 15. Februar 1973[31)] zur AHV und IV,
i. § 16a Abs. 4 des Spitalgesetzes vom 24. Juni 1976[32)];

18) GS 27.672
19) GS 34.155
20) SGS 180
21) GS 34.155
22) SGS 331
23) GS 34.156
24) GS 20.352, SGS 855
25) GS 23.164
26) GS 23.183, SGS 852.1
27) GS 25.568, SGS 851
28) GS 25.829, SGS 851.1
29) GS 28.514, SGS 851.2
30) GS 32.822, SGS 837.11
31) GS 25.130, SGS 833
32) GS 26.187

k. § 22 Satz 2 des Gesetzes vom 7. Januar 1980[33] über die Erbschafts- und die Schenkungssteuer.

§ 51 Inkrafttreten

[1] Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten dieses Gesetzes[34]. Er kann ein gestaffeltes Inkrafttreten vorsehen.

§ 52 * …

33) GS 27.476, SGS 334
34) Vom Regierungsrat am 25. September 2001 auf den 1. Januar 2002 in Kraft gesetzt.

Änderungstabelle - Nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
21.06.2001	01.01.2002	Erlass	Erstfassung	GS 34.0143
01.12.1999	01.01.2000	§ 8	totalrevidiert	GS 2015.$$$
01.12.1999	01.01.2000	§ 13	totalrevidiert	GS 2015.$$$
01.12.1999	01.01.2000	§ 33	totalrevidiert	GS 2015.$$$
01.12.1999	01.01.2000	§ 38	totalrevidiert	GS 2015.$$$
05.06.2003	01.08.2003	§ 36 Abs. 2	geändert	GS 34.1134
05.06.2003	01.08.2003	§ 36 Abs. 3	geändert	GS 34.1134
10.06.2004	01.01.2005	§ 39a	eingefügt	GS 35.0304
23.06.2005	01.01.2006	§ 25 Abs. 4	eingefügt	GS 35.0688
23.06.2005	01.01.2006	§ 33 Abs. 3	geändert	GS 35.0688
26.01.2006	01.01.2007	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	§ 6 Abs. 1	geändert	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	Titel 7.1	geändert	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	§ 27 Abs. 1bis	eingefügt	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	§ 27 Abs. 3	geändert	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	§ 28	totalrevidiert	GS 35.1013
26.01.2006	01.01.2007	§ 28a	eingefügt	GS 35.1014
26.01.2006	01.01.2007	§ 30 Abs. 2	eingefügt	GS 35.1014
26.01.2006	01.01.2007	§ 31 Abs. 3	geändert	GS 35.1014
22.06.2006	01.01.2007	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 35.0969
22.06.2006	01.01.2007	§ 16 Abs. 2	geändert	GS 35.0969
22.06.2006	01.01.2007	§ 19	totalrevidiert	GS 35.0969
22.06.2006	01.01.2007	§ 52	totalrevidiert	GS 35.0970
02.11.2006	01.01.2007	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 36.0009
02.11.2006	01.01.2007	§ 23 Abs. 3	geändert	GS 36.0009
02.11.2006	01.01.2007	§ 25	Titel geändert	GS 36.0009
02.11.2006	01.01.2007	§ 25 Abs. 2bis	eingefügt	GS 36.0009
02.11.2006	01.01.2007	§ 25 Abs. 3	geändert	GS 36.0009
02.11.2006	01.01.2007	§ 25 Abs. 4	geändert	GS 36.0010
21.06.2007	01.01.2008	§ 29 Abs. 2	geändert	GS 36.0268
21.06.2007	01.01.2008	§ 30	Titel geändert	GS 36.0268
21.06.2007	01.01.2008	§ 30 Abs. 1	geändert	GS 36.0268
21.06.2007	01.01.2008	§ 30a	eingefügt	GS 36.0268
21.06.2007	01.01.2008	§ 29 Abs. 1	geändert	GS 36.0271
21.06.2007	01.01.2008	§ 29 Abs. 1bis	eingefügt	GS 36.0271
21.02.2008	01.09.2008	§ 43	aufgehoben	GS 36.0690
25.06.2009	01.01.2010	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 36.1181
25.06.2009	01.01.2010	§ 36 Abs. 2	aufgehoben	GS 36.1181

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
26.11.2009	01.07.2010	§ 1 Abs. 2, Bst. c.	geändert	GS 37.0062
26.11.2009	01.07.2010	§ 3a	eingefügt	GS 37.0062
26.11.2009	01.07.2010	§ 5 Abs. 3	eingefügt	GS 37.0062
26.11.2009	01.07.2010	§ 8	totalrevidiert	GS 37.0062
26.11.2009	01.07.2010	Titel 5	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 22 Abs. 2	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 23 Abs. 2	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 23 Abs. 3	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	Titel 5.2	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 25 Abs. 1	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 25 Abs. 2	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 25a	eingefügt	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 28a Abs. 1	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 28a Abs. 1bis	eingefügt	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 31 Abs. 2	geändert	GS 37.0063
26.11.2009	01.07.2010	§ 31 Abs. 3	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 31 Abs. 4	aufgehoben	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 33 Abs. 1	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 33 Abs. 3	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 34 Abs. 2	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 35 Abs. 2	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 37 Abs. 2	geändert	GS 37.0064
26.11.2009	01.07.2010	§ 39a Abs. 2	geändert	GS 37.0064
08.03.2012	01.01.2013	§ 21 Abs. 1	geändert	GS 37.0916
08.03.2012	01.01.2013	§ 22 Abs. 1	geändert	GS 37.0916
08.03.2012	01.01.2013	§ 25 Abs. 1	geändert	GS 37.0916
08.03.2012	01.01.2013	§ 28 Abs. 2	geändert	GS 37.0916
08.03.2012	01.01.2013	§ 28 Abs. 3	geändert	GS 37.0916
08.03.2012	01.01.2013	§ 28a Abs. 1bis	geändert	GS 37.0916
25.04.2013	01.01.2014	§ 11 Abs. 2, Bst. e^{bis}.	eingefügt	GS 38.0204
25.04.2013	01.01.2014	Titel 3	geändert	GS 38.0204
25.04.2013	01.01.2014	§ 16	totalrevidiert	GS 38.0204
25.04.2013	01.01.2014	§ 17	totalrevidiert	GS 38.0204
25.04.2013	01.01.2014	§ 52	aufgehoben	GS 38.0204
25.04.2013	01.01.2014	§ 18	totalrevidiert	GS 38.0205
25.04.2013	01.01.2014	§ 19	totalrevidiert	GS 38.0205
25.04.2013	01.01.2014	§ 22	totalrevidiert	GS 38.0205
25.04.2013	01.01.2014	§ 34	totalrevidiert	GS 38.0205
25.04.2013	01.01.2014	§ 39 Abs. 1	geändert	GS 38.0205
30.05.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 1	geändert	GS 38.0229
30.05.2013	01.01.2014	§ 5 Abs. 2	geändert	GS 38.0229

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
30.05.2013	01.01.2014	§ 11 Abs. 2, Bst. b.	geändert	GS 38.0229
30.05.2013	01.01.2014	§ 33	Titel geändert	GS 38.0229
30.05.2013	01.01.2014	§ 33 Abs. 2	geändert	GS 38.0229
30.05.2013	01.01.2014	§ 33 Abs. 3	geändert	GS 38.0229
31.10.2013	01.08.2015	§ 28a Abs. 1ter	eingefügt	GS 2015.045
31.10.2013	01.08.2015	§ 28a Abs. 1^{quater}	eingefügt	GS 2015.045
31.10.2013	01.08.2015	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2015.045
10.09.2015	01.01.2016	§ 3a	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 4 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 4a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 4b	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 4c	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 5 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 6 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 6 Abs. 2bis	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 6 Abs. 2ter	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 6a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 7a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 8	Titel geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 8 Abs. 1	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 8 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. a.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. b.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. c.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. d.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. e.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. e^{bis}.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. f.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 2, Bst. g.	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 3	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 11 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 13 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 13a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 14 Abs. 3	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 14 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 14a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 31 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 31 Abs. 3, Bst. a.	geändert	GS 2015.071

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
10.09.2015	01.01.2016	§ 33 Abs. 1	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 33 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 33 Abs. 3	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 33 Abs. 4	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 34 Abs. 2	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 34 Abs. 3	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 38 Abs. 1	geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 38 Abs. 2	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 38a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 38b	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 38c	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 40	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 40a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 42	Titel geändert	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 42 Abs. 3	aufgehoben	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	§ 42a	eingefügt	GS 2015.071
10.09.2015	01.01.2016	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2015.071
29.09.2016	01.01.2017	Erlasstitel	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 1 Abs. 1	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 1 Abs. 2, Bst. e.	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 2 Abs. 3	aufgehoben	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 26 Abs. 5	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	Titel 7	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 27	Titel geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 27 Abs. 2	aufgehoben	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 27 Abs. 3	geändert	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 29	aufgehoben	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	§ 30a	aufgehoben	GS 2016.071
29.09.2016	01.01.2017	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2016.071
19.11.2020	01.01.2021	§ 21 Abs. 1	geändert	GS 2021.007
19.11.2020	01.01.2021	§ 21 Abs. 2	eingefügt	GS 2021.007
19.11.2020	01.01.2021	§ 21 Abs. 3	eingefügt	GS 2021.007
19.11.2020	01.01.2021	§ 35 Abs. 2	geändert	GS 2021.007
19.11.2020	01.01.2021	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2021.007
16.12.2020	01.01.2022	§ 2 Abs. 2	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	Titel 7.1	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 27	Titel geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 27a	eingefügt	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 28 Abs. 1, Bst. b.	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 28 Abs. 1, Bst. c.	eingefügt	GS 2021.077

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
16.12.2020	01.01.2022	§ 28 Abs. 2	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 28 Abs. 3	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 30 Abs. 3	eingefügt	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	§ 36 Abs. 1	geändert	GS 2021.077
16.12.2020	01.01.2022	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2021.077
04.11.2021	01.01.2023	§ 4 Abs. 1	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 4 Abs. 2	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 4 Abs. 4	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 4c Abs. 1, Bst. d.	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 6 Abs. 1bis	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 6 Abs. 2^{quater}	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 6 Abs. 3	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.04.2023	§ 6bis	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.04.2023	§ 6ter	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.04.2023	§ 7 Abs. 3	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 14a Abs. 2	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 15a	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16	Titel geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 1	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. a.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. b.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. c.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. d.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. e.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 2, Bst. f.	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 3	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16 Abs. 4	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 16a	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 17 Abs. 1	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 17 Abs. 1bis	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 17 Abs. 1ter	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 17 Abs. 2	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 17 Abs. 4	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 18	aufgehoben	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 19	aufgehoben	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 34 Abs. 1	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 34 Abs. 2	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 34 Abs. 3	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	§ 38b Abs. 1	geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	Titel 10	geändert	GS 2022.079

Beschlussdatum	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
04.11.2021	01.01.2023	§ 43a	eingefügt	GS 2022.079
04.11.2021	01.01.2023	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2022.079
04.11.2021	01.04.2023	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2022.079
11.04.2024	01.01.2025	§ 12 Abs. 3	eingefügt	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 12 Abs. 4	eingefügt	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 13 Abs. 1	geändert	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 13 Abs. 3	eingefügt	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 13 Abs. 4	eingefügt	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 14 Abs. 3	aufgehoben	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 14 Abs. 4	geändert	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 33 Abs. 1	geändert	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 33 Abs. 2	aufgehoben	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 33 Abs. 3	aufgehoben	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 33 Abs. 4	aufgehoben	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	§ 43b	eingefügt	GS 2024.047
11.04.2024	01.01.2025	Anhang 1	Inhalt geändert	GS 2024.047

Änderungstabelle - Nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erlass	21.06.2001	01.01.2002	Erstfassung	GS 34.0143
Erlasstitel	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 1 Abs. 1	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 1 Abs. 2, Bst. c.	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0062
§ 1 Abs. 2, Bst. e.	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 2 Abs. 2	26.01.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1013
§ 2 Abs. 2	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 2 Abs. 3	29.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.071
§ 3 Abs. 1	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 3a	26.11.2009	01.07.2010	eingefügt	GS 37.0062
§ 3a	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 4 Abs. 1	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 4 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 4 Abs. 2	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 4 Abs. 4	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 4a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 4b	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 4c	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 4c Abs. 1, Bst. d.	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 5 Abs. 1	30.05.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0229
§ 5 Abs. 2	30.05.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0229
§ 5 Abs. 3	26.11.2009	01.07.2010	eingefügt	GS 37.0062
§ 5 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 6 Abs. 1	26.01.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1013
§ 6 Abs. 1bis	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 6 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 6 Abs. 2bis	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 6 Abs. 2ter	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 6 Abs. 2^{quater}	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 6 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 6 Abs. 3	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 6bis	04.11.2021	01.04.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 6ter	04.11.2021	01.04.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 6a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 7 Abs. 3	04.11.2021	01.04.2023	geändert	GS 2022.079
§ 7a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 8	01.12.1999	01.01.2000	totalrevidiert	GS 2015.$$$
§ 8	26.11.2009	01.07.2010	totalrevidiert	GS 37.0062

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 8	10.09.2015	01.01.2016	Titel geändert	GS 2015.071
§ 8 Abs. 1	02.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 36.0009
§ 8 Abs. 1	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 8 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. a.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. b.	30.05.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0229
§ 11 Abs. 2, Bst. b.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. c.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. d.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. e.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. e^{bis}.	25.04.2013	01.01.2014	eingefügt	GS 38.0204
§ 11 Abs. 2, Bst. e^{bis}.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. f.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 2, Bst. g.	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 11 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 11 Abs. 4	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 12 Abs. 3	11.04.2024	01.01.2025	eingefügt	GS 2024.047
§ 12 Abs. 4	11.04.2024	01.01.2025	eingefügt	GS 2024.047
§ 13	01.12.1999	01.01.2000	totalrevidiert	GS 2015.$$$
§ 13 Abs. 1	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 13 Abs. 1	11.04.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.047
§ 13 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 13 Abs. 3	11.04.2024	01.01.2025	eingefügt	GS 2024.047
§ 13 Abs. 4	11.04.2024	01.01.2025	eingefügt	GS 2024.047
§ 13a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 14 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 14 Abs. 3	11.04.2024	01.01.2025	aufgehoben	GS 2024.047
§ 14 Abs. 4	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 14 Abs. 4	11.04.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.047
§ 14a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 14a Abs. 2	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
Titel 3	25.04.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0204
§ 15a	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0204
§ 16	04.11.2021	01.01.2023	Titel geändert	GS 2022.079
§ 16 Abs. 1	22.06.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.0969
§ 16 Abs. 1	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2	22.06.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.0969
§ 16 Abs. 2	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2, Bst. a.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 16 Abs. 2, Bst. b.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2, Bst. c.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2, Bst. d.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2, Bst. e.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16 Abs. 2, Bst. f.	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16 Abs. 3	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 16 Abs. 4	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 16a	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 17	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0204
§ 17 Abs. 1	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 17 Abs. 1bis	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 17 Abs. 1ter	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 17 Abs. 2	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 17 Abs. 4	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 18	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0205
§ 18	04.11.2021	01.01.2023	aufgehoben	GS 2022.079
§ 19	22.06.2006	01.01.2007	totalrevidiert	GS 35.0969
§ 19	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0205
§ 19	04.11.2021	01.01.2023	aufgehoben	GS 2022.079
§ 21 Abs. 1	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 21 Abs. 1	19.11.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.007
§ 21 Abs. 2	19.11.2020	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.007
§ 21 Abs. 3	19.11.2020	01.01.2021	eingefügt	GS 2021.007
Titel 5	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 22	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0205
§ 22 Abs. 1	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 22 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 23 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 23 Abs. 3	02.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 36.0009
§ 23 Abs. 3	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
Titel 5.2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 25	02.11.2006	01.01.2007	Titel geändert	GS 36.0009
§ 25 Abs. 1	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 25 Abs. 1	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 25 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 25 Abs. 2bis	02.11.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 36.0009
§ 25 Abs. 3	02.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 36.0009
§ 25 Abs. 4	23.06.2005	01.01.2006	eingefügt	GS 35.0688
§ 25 Abs. 4	02.11.2006	01.01.2007	geändert	GS 36.0010
§ 25a	26.11.2009	01.07.2010	eingefügt	GS 37.0063
§ 26 Abs. 5	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Titel 7	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
Titel 7.1	26.01.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1013
Titel 7.1	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 27	29.09.2016	01.01.2017	Titel geändert	GS 2016.071
§ 27	16.12.2020	01.01.2022	Titel geändert	GS 2021.077
§ 27 Abs. 1bis	26.01.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1013
§ 27 Abs. 2	29.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.071
§ 27 Abs. 3	26.01.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1013
§ 27 Abs. 3	29.09.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.071
§ 27a	16.12.2020	01.01.2022	eingefügt	GS 2021.077
§ 28	26.01.2006	01.01.2007	totalrevidiert	GS 35.1013
§ 28 Abs. 1, Bst. b.	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 28 Abs. 1, Bst. c.	16.12.2020	01.01.2022	eingefügt	GS 2021.077
§ 28 Abs. 2	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 28 Abs. 2	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 28 Abs. 3	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 28 Abs. 3	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 28a	26.01.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1014
§ 28a Abs. 1	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 28a Abs. 1bis	26.11.2009	01.07.2010	eingefügt	GS 37.0063
§ 28a Abs. 1bis	08.03.2012	01.01.2013	geändert	GS 37.0916
§ 28a Abs. 1ter	31.10.2013	01.08.2015	eingefügt	GS 2015.045
§ 28a Abs. 1quater	31.10.2013	01.08.2015	eingefügt	GS 2015.045
§ 29	29.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.071
§ 29 Abs. 1	21.06.2007	01.01.2008	geändert	GS 36.0271
§ 29 Abs. 1bis	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.0271
§ 29 Abs. 2	21.06.2007	01.01.2008	geändert	GS 36.0268
§ 30	21.06.2007	01.01.2008	Titel geändert	GS 36.0268
§ 30 Abs. 1	21.06.2007	01.01.2008	geändert	GS 36.0268
§ 30 Abs. 2	26.01.2006	01.01.2007	eingefügt	GS 35.1014
§ 30 Abs. 3	16.12.2020	01.01.2022	eingefügt	GS 2021.077
§ 30a	21.06.2007	01.01.2008	eingefügt	GS 36.0268
§ 30a	29.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.071
§ 31 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0063
§ 31 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 31 Abs. 3	26.01.2006	01.01.2007	geändert	GS 35.1014
§ 31 Abs. 3	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 31 Abs. 3, Bst. a.	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 31 Abs. 4	26.11.2009	01.07.2010	aufgehoben	GS 37.0064
§ 33	01.12.1999	01.01.2000	totalrevidiert	GS 2015.$$$
§ 33	30.05.2013	01.01.2014	Titel geändert	GS 38.0229

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 33 Abs. 1	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 33 Abs. 1	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 33 Abs. 1	11.04.2024	01.01.2025	geändert	GS 2024.047
§ 33 Abs. 2	30.05.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0229
§ 33 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 33 Abs. 2	11.04.2024	01.01.2025	aufgehoben	GS 2024.047
§ 33 Abs. 3	23.06.2005	01.01.2006	geändert	GS 35.0688
§ 33 Abs. 3	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 33 Abs. 3	30.05.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0229
§ 33 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 33 Abs. 3	11.04.2024	01.01.2025	aufgehoben	GS 2024.047
§ 33 Abs. 4	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 33 Abs. 4	11.04.2024	01.01.2025	aufgehoben	GS 2024.047
§ 34	25.04.2013	01.01.2014	totalrevidiert	GS 38.0205
§ 34 Abs. 1	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 34 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 34 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 34 Abs. 2	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 34 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 34 Abs. 3	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 35 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 35 Abs. 2	19.11.2020	01.01.2021	geändert	GS 2021.007
§ 36 Abs. 1	25.06.2009	01.01.2010	geändert	GS 36.1181
§ 36 Abs. 1	16.12.2020	01.01.2022	geändert	GS 2021.077
§ 36 Abs. 2	05.06.2003	01.08.2003	geändert	GS 34.1134
§ 36 Abs. 2	25.06.2009	01.01.2010	aufgehoben	GS 36.1181
§ 36 Abs. 3	05.06.2003	01.08.2003	geändert	GS 34.1134
§ 37 Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 38	01.12.1999	01.01.2000	totalrevidiert	GS 2015.$$$
§ 38 Abs. 1	10.09.2015	01.01.2016	geändert	GS 2015.071
§ 38 Abs. 2	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 38a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 38b	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 38b Abs. 1	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 38c	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 39 Abs. 1	25.04.2013	01.01.2014	geändert	GS 38.0205
§ 39a	10.06.2004	01.01.2005	eingefügt	GS 35.0304
§ 39a Abs. 2	26.11.2009	01.07.2010	geändert	GS 37.0064
§ 40	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 40a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 42	10.09.2015	01.01.2016	Titel geändert	GS 2015.071

Element	Beschlussdatum	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 42 Abs. 3	10.09.2015	01.01.2016	aufgehoben	GS 2015.071
§ 42a	10.09.2015	01.01.2016	eingefügt	GS 2015.071
§ 43	21.02.2008	01.09.2008	aufgehoben	GS 36.0690
Titel 10	04.11.2021	01.01.2023	geändert	GS 2022.079
§ 43a	04.11.2021	01.01.2023	eingefügt	GS 2022.079
§ 43b	11.04.2024	01.01.2025	eingefügt	GS 2024.047
§ 52	22.06.2006	01.01.2007	totalrevidiert	GS 35.0970
§ 52	25.04.2013	01.01.2014	aufgehoben	GS 38.0204
Anhang 1	31.10.2013	01.08.2015	Inhalt geändert	GS 2015.045
Anhang 1	10.09.2015	01.01.2016	Inhalt geändert	GS 2015.071
Anhang 1	29.09.2016	01.01.2017	Inhalt geändert	GS 2016.071
Anhang 1	19.11.2020	01.01.2021	Inhalt geändert	GS 2021.007
Anhang 1	16.12.2020	01.01.2022	Inhalt geändert	GS 2021.077
Anhang 1	04.11.2021	01.01.2023	Inhalt geändert	GS 2022.079
Anhang 1	04.11.2021	01.04.2023	Inhalt geändert	GS 2022.079
Anhang 1	11.04.2024	01.01.2025	Inhalt geändert	GS 2024.047

Erlasstitel	**Gesetz über die Sozial- und die Jugendhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)**
SGS-Nr.	850
GS-Nr.	34.0143
Erlassdatum	21.06.2001 (2000/092, Erlass des Sozialhilfegesetzes)
In Kraft seit	01.01.2002
> Startseite Gesetzessammlungen des Kantons Basel-Landschaft	

Hinweise:
- Die Links in der Spalte «Datum» führen zum jeweiligen Landratsprotokoll der 2. Lesung.
- Die Links unter «GS-Nr.» und «In Kraft seit» führen zu den entsprechenden Dokumenten in der chronologischen und in der systematischen Gesetzessammlung.
- Die Links unter «Dazugehörige Landratsvorlage/Bemerkungen» führen zu den Landratsvorlagen (mit der Übersicht zu den Dokumenten und Beschlüssen) und allfälligen weiteren Informationen (z. B. Abstimmungsresultate).
- Weitere Informationen zum Landrat finden sich unter «Landrat / Parlament».
- Weitere Informationen zu den Gesetzessammlungen finden sich unter «Gesetzessammlung».

Änderungen / Ergänzungen / Aufhebungen (chronologisch absteigend)

Datum	GS-Nr.	In Kraft seit	Dazugehörige Landratsvorlage/Bemerkungen
11.04.2024	2024.047	01.01.2025	2023/725, Neuregelung der Rückerstattungspflicht von Sozialhilfeleistungen
04.11.2021	2022.079	01.04.2023 01.01.2023	2021/124, Anreize stärken – Arbeitsintegration fördern (§§ 6bis, 6ter, 7 per 1. April 2023)
16.12.2020	2021.077	01.01.2022	2020/469, Ambulante Kinder- und Jugendhilfe
19.11.2020	2021.007	01.01.2021	2020/314, Stationäre Drogentherapien von Minderjährigen
29.09.2016	2016.071	01.01.2017	2015/243, Erlass Behindertenhilfegesetz
10.09.2015	2015.071	01.01.2016	2015/125, Teilrevision wegen diverser Vorstösse aus Landrat und Gemeinden
31.10.2013	2015.045	01.08.2015	2013/137, Reduktion Subventionen durch neue Berechnungsgrundlage

30.05.2013	38.0229	01.01.2014	2013/067, Aufhebung Verwandtenunterstützungspflicht
25.04.2013	38.0204	01.01.2014	2012/162, Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen
08.03.2012	37.0916	01.01.2013	2011/295, EG ZGB (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)
26.11.2009	37.0062	01.07.2010	2009/069, Anpassung an bundesgerichtliche Rechtsprechung zum Thema Konkubinat
25.06.2009	36.1180	01.01.2010	2009/078, Totalrevision Finanzausgleichsgesetz
21.02.2008	36.0690	01.09.2008	2007/174, Kantonales Statistikgesetz
21.06.2007	36.0268 36.0271	01.01.2008	2007/021, Gesetz über die Umsetzung NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden
02.11.2006	36.0009	01.01.2007	2006/163, Anpassung von Erlassen an die Bundesgesetzgebung über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
22.06.2006	35.0969	01.01.2007	2006/091, Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen
26.01.2006	35.1013	01.01.2007	2005/150, Revision Pflegekinderrecht
23.06.2005	35.0688	01.01.2006	2005/076, Entlastungspaket GAP
10.06.2004	35.0304	01.01.2005	2004/001, Teilrevision Verwaltungsverfahrensgesetz
05.06.2003	34.1130	01.08.2003	2002/223, Erlass des Finanzausgleichsgesetzes